

Hauptstadt

Palast für Posemuckel

Im Dauerstreit um den Palast der Republik wird die Berliner CDU schwach. Seit der Wende wollen die Christdemokraten Erich Honeckers asbestbelasteten „Palazzo Prozzo“ beseitigen. Anstelle des Palastes soll ein mit einer Fassadenkopie des früheren Stadtschlusses geschmückter Neubau entstehen. Die Ruine des Schlosses war 1950 vom SED-Regime abgerissen worden.

Inzwischen ist der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen jedoch von dieser Parteidoktrin abgerückt, da der Abbruch des Palastes in Ost-Berlin auf nachhaltiges Unverständnis stößt. Statt des Totalabrisses schlägt Diepgen neuerdings vor, nur „die West-, Süd- und Nordfassade des Schlosses weitgehend“ wiederherzustellen. An der Ostseite würde demnach die Außenwand des Palastes erhalten bleiben.

Stadtentwicklungssenator Peter Strieder vom Koalitionspartner SPD hält solche Quoten-Architektur für absurd. Das „Schloß in Plattenbauweise“ sei „Posemuckel“.

Sozialdemokrat Strieder lehnt den voreiligen Abriss des Palastes ab und will verhindern, daß der Haushalts-

ausschuß des Bundestages nach der Sommerpause die Mittel für die Total-sanierung freigibt.

Der Sozialdemokrat findet Unterstützung in der Fachwelt: Rund 70 Stadtplaner und Architekten aus ganz Deutschland haben sich in einem Manifest gegen den „verkappten Abbruch des Palastes der Republik“ ausgesprochen. Der Kölner Stararchitekt Oswald Mathias Ungers hält die Wegsanierung des geschichtsmächtigen Baus für eine „Katastrophe“.



Simulation der Berliner Schloßfassade



Palast der Republik, Ostseite

P. ADEMS / SIPA

G. SCHÖNHARTING / OSTREUZ

AM RANDE

20 Sekunden berühmt

5475 Minuten im Jahr läuft die Haupt-sendung der „Tagesschau“. Wenn es gerecht zuginge auf dieser Welt und die Nachrichten auf andere Katastrophen verzichten würden, dann hätte jeder der 672 Bundestagsabgeordneten mithin 8 Minuten und 15 Sekunden „Tagesschau“-Präsenz im Jahr.

Leider geht es nicht gerecht zu. Nur wenige Politiker haben viele Auftritte im Fernsehen und sind berühmt. Den anderen bleibt das Sommerloch. Alljährlich zur Ferienzeit bevölkern anonyme Hinterbänkler den Bildschirm als politische Pausenclovn. Vorbilder gibt's genug – selbst wenn man Jürgen Möllemann außer acht läßt, weil für den ja das ganze Jahr Sommerpause ist.

Unvergessen sind die beiden CSU-Abgeordneten Peter Ramsauer und Dionys Jobst, die 1993 forderten, Mallorca müsse deutsch werden. Wochenlang standen die beiden in den Schlagzeilen der Boulevardpresse. Das hatte großdeutsches Format.

Einige Klassen niedriger versuchte es vergangene Woche Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU). Im wirklichen Leben hat es der Mann bis zum Beirat der Schloß Stetten-Truthahnspezialitäten GmbH & Co. KG gebracht. Als Volksvertreter kannten ihn bislang nur eifrige Leser des Bundestagshandbuchs. Jetzt aber präsentierte er einen Knaller. Der Christdemokrat will lautes Radiohören im Auto von der Justiz ahnden lassen – mit Geldbußen von mindestens hundert Mark wegen Rücksichtslosigkeit. Insbesondere musikliebende Cabriofahrer sind dem Mann ein Dorn im Ohr.

Das brachte ihm immerhin 22 Zeilen in der Frankfurter Rundschau – entspricht bei durchschnittlicher Leseschwindigkeit einer Berühmtheit von gut 20 Sekunden. Der Freiherr hätte mindestens doppelt soviel erreichen können, wenn er zum Bußgeld noch zusätzlich vier Wochen Arrest im Keller des Musikantenstadts verlangt hätte. Der Erfolg ließ Stettens CSU-Kollegen Benno Zierer nicht ruhen. Prompt forderte er, junge Männer, die weder Wehr- noch Zivildienst leisten, mit einer Drückebergersteuer zu belegen. Weil es aber praktisch nur die untauglich Gemusterten treffen würde, die aus Gesundheitsgründen dem Vaterland nicht dienen dürfen, ist der Vorschlag in der Vergangenheit schon mehrfach abgelehnt worden. Deshalb sollte eine Alte-Hüte-Steuer für den Abgeordneten Zierer eingeführt werden – ersatzweise vier Wochen Haft im offenen Cabrio. Bei voll aufgedrehtem Radio.

Herzklappen

Schmerz der Mütter

Wegen der Herzklappen-Affäre bekommen wahrscheinlich auch die US-Mütter der deutschen Firmen St. Jude und Medtronic Ärger. Anfang der neunziger



Medtronic-Zentrale in Minneapolis

B. KLICKHOHN

Jahre hatte die US-Regierung die auch in Deutschland gängige Praxis verboten, Chirurgen für den Bezug von Herzklappen und anderen medizinischen Produkten mit Rabatten zum persönlichen Nutzen zu belohnen. Seither tarnen die deutschen Töchter teilweise die Provisionen an Ärzte als Zahlungen für Scheingutachten, die nicht selten in den Klappenfirmen selber geschrieben wurden.

In der vorletzten Woche sahen sich Vertreter der US-Börsenaufsicht „Securities and Exchange Commission“ (SEC) bei der Wuppertaler Staatsanwaltschaft die Akten aus den beiden Firmen daraufhin an, ob die Amerikaner von den Tricks ihrer deutschen Ableger wußten oder sie gar billigten. Wenn sich der Verdacht belegen läßt, könnte es für die US-Firmen schmerzlich werden. Im schlimmsten Fall kann die SEC den US-Gesellschaften die Börsenzulassung und damit den Zugang zum Kapitalmarkt entziehen.